



Bilanz und Ausblick

Für Innovation, Gerechtigkeit und Zusammenhalt –
Halbzeit der Großen Koalition



Niedersachsen

Inhalt

Editorial	7
Rückblick kompakt – wichtige Meilensteine der ersten Halbzeit	8
1. Bislang erfolgreicher Umgang mit dem Coronavirus	8
2. Beitragsfreiheit in der Kita.....	9
3. Masterplan Digitalisierung	9
4. Digitalisierung auch in Schule und Verbesserung der Unterrichtsversorgung	10
5. Forschung und Lehre – Wissenschaft in Niedersachsen auf hohem Niveau	11
6. Niedersachsens Wirtschaft krisenfest gestalten.....	12
7. Moderne umwelt- und klimabewusste Landwirtschaft	12
8. Nachhaltiges Haushalten ermöglicht Unterstützung in Corona-Zeiten	13
9. Verbesserungen in der Pflege, Schulgeldfreiheit in Gesundheitsberufen.....	14
10. Ankurbelung des Wohnungsbaus, Verbot der Zweckentfremdung, Wohnraumschutz	14
11. Mehr Personal bei Polizei und Justiz, Neues Polizeigesetz, Bekämpfung von Clan- und Hasskriminalität	15
12. Klimaschutz, Windenergie, E-Mobilität und Wasserstoff.....	16
13. Neue Regionalförderung und europäische Herausforderungen.....	17
14. Land fördert Sport und Kultur	18
Was sonst noch wichtig war in der ersten Halbzeit:.....	19
Ausblick – Krise überwinden, zusammen zurück zu früherer Stärke	20
1. Corona weiter bekämpfen, Stufenplan umsetzen, Weg in einen neuen Alltag	20
2. Unterstützung der Wirtschaft – Überwinden der coronabedingten Talsohle	21
3. Neustart für die Energiewende – Klimaschutz und Dekarbonisierung als Basis für Wirtschaftswachstum in Niedersachsen	22
4. Familien entlasten, gute Schul- und Hochschulbildung trotz Corona – analog und digital	23
5. Digitalisierung noch besser, noch schneller!	24
6. Pflege und ärztliche Versorgung sicherstellen – auch für etwaige weitere Phasen der Pandemie	24
7. Wohnungsbau	25
8. Artenschutz und Aufforstung	26
9. Moderne Land- und Ernährungswirtschaft zur Sicherung einer gesunden und nachhaltigen Ernährung.....	26
10. Gleichberechtigung von Frauen und Männern	27
11. Zweiter Nachtragshaushalt	28
12. Zukünftige Europapolitik und EU-Förderung.....	28
Zusammenhalt in Niedersachsen stärken – gerade in Zeiten von Corona	29



Editorial

Liebe Niedersächsinnen, liebe Niedersachsen,

seit zweieinhalb Jahren regiert die große Koalition nun schon zusammen unser schönes und vielfältiges Land. Wir arbeiten für ein gutes Leben der Menschen in Niedersachsen und gehen die Herausforderungen dieses Landes gemeinsam an. Wir halten, was wir versprochen haben, wir regieren mit einem Plan, den wir bei Bedarf auch neuen Gegebenheiten anpassen.

Seit zweieinhalb Monaten steht unser Land vor einer neuen gewaltigen Aufgabe. Das Coronavirus stellt auch für die Menschen in Niedersachsen eine Gefahr dar. Dank der großen Disziplin und gegenseitigen Rücksichtnahme ist das Infektionsgeschehen in Niedersachsen bislang eher moderat. Für die Kinder und Eltern, für die Älteren, für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für unsere Wirtschaft aber waren die letzten zehn Wochen eine immense Belastung. Die Landesregierung hat einen Stufenplan aufgestellt mit vorsichtigen und umsichtigen Lockerungsschritten: den Niedersächsischen Weg in einen neuen Alltag mit Corona. Trotz der schwierigen Zeit, die wir aktuell durchleben, haben wir uns entschlossen, Ihnen mit dieser kleinen Broschüre eine Bilanz unserer ersten zweieinhalbjährigen Halbzeit für Niedersachsen vorzulegen. Weniger ist mehr in diesen Zeiten, wir haben uns mit unserem Rückblick auf die vergangenen zweieinhalb Jahre kürzer gefasst als ursprünglich geplant. Details zu den einzelnen Politikbereichen finden Sie auf den Websites der Ministerien.

Wir wollen Ihnen aber auch einen Ausblick auf unsere Vorhaben für die zweite Halbzeit geben und laden Sie herzlich ein, sich darüber mit uns auszutauschen. Nur gemeinsam wird es uns gelingen, diese Corona-Zeit mit Umsicht und gegenseitiger Rücksichtnahme durchzustehen, unser öffentliches und wirtschaftliches Leben wieder vorsichtig und umsichtig anzukurbeln. Nach Überwindung des Virus wollen wir dann wieder richtig durchstarten mit viel Elan, guten Ideen und einem neuen Gemeinsinn.

Wir sind eine Landesregierung mit durchaus auch unterschiedlichen Vorstellungen und Charakteren, die wir aber zum Wohle Niedersachsens immer wieder konstruktiv zusammenbringen. Gemeinsam führen wir Niedersachsen durch stürmische Zeiten ebenso verlässlich wie durch ruhige Gewässer. Niedersachsen ist stark, auch in dieser für uns alle so herausfordernden Zeit.

Wir haben in der ersten Regierungshalbzeit vieles geschafft: Wir haben die Kindergartengebühren abgeschafft und die gesundheitliche Versorgung unseres Landes weiter verbessert. Letzteres hilft uns jetzt im Kampf gegen das Coronavirus. Wir bringen die Digitalisierung voran und haben mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr

Polizistinnen und Polizisten eingestellt. Wir schützen das Klima, fördern den Natur- und Artenschutz und bringen die Energiewende voran.

Wir stärken Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt, beispielsweise durch eine starke Sportförderung, eine Vereinfachung der Kulturförderung und gezielte Maßnahmen zur Unterstützung des ländlichen Raums.

Wir stärken die Wirtschaft und unterstützen sie gerade auch in diesen schwierigen Zeiten. Niedersachsen hatte vor Corona zehn Jahre lang ein stabiles Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung erreichte Höchstwerte. Die Folgen der Corona-Pandemie werden auch in Niedersachsen im Jahr 2020 volkswirtschaftlich deutliche Spuren hinterlassen. Es gibt aber gute Gründe für die Prognose, dass die Wirtschaft in Niedersachsen mit den richtigen Rahmenbedingungen schon im Folgejahr 2021 auf den Wachstumspfad zurückkehren kann. Wir haben die Finanzen in der ersten Halbzeit fest im Blick behalten, das ermöglicht uns jetzt zum Wohle der Menschen hier in unserem Land einige notwendige tiefe Griffe in die Geldschatulle. Eine schnelle Ankurbelung der Wirtschaft ist der beste Weg, damit sich die Steuereinnahmen wieder normalisieren. Das wird allerdings seine Zeit brauchen.

Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, haben den größten Anteil daran, dass unser Land trotz der aktuellen Krise im Grundsatz gut aufgestellt ist. Als Landesregierung wissen wir, dass wir uns auf eine starke Zivilgesellschaft verlassen können. Dafür möchten wir uns auch an dieser Stelle herzlich bei Ihnen bedanken. Wir bedanken uns bei all denen, die sich auch und gerade angesichts der Virusgefahr haupt- und ehrenamtlich für andere und unser Gemeinwesen engagieren und die sich stark machen für unsere Demokratie, für unsere Gesellschaft. Lassen Sie uns weiter so gut zusammenhalten wie bisher. Sie alle und Ihr vielfältiges Engagement machen Niedersachsen stark und deshalb sind wir auch für stürmische Zeiten gut gewappnet.

Stephan Weil

Niedersächsischer Ministerpräsident

Dr. Bernd Althusmann

Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit Verkehr und Digitalisierung

Rückblick kompakt – wichtige Meilensteine der ersten Halbzeit

1. Bislang erfolgreicher Umgang mit dem Coronavirus

Das Land Niedersachsen hat schnell und entschlossen auf die erste Welle von Corona-Infektionen in Niedersachsen reagiert. In rascher Abfolge wurden seit dem 10. März 2020 Versammlungen untersagt, die Kitabetreuung und der Schulunterricht wurden eingestellt, Geschäfte und Gastronomiebetriebe wurden geschlossen, Dienstleistungen aller Art unterbunden, Kirchen, Synagogen und Moscheen durften keine religiösen Feiern abhalten, Sportanlagen und Kultureinrichtungen durften (und dürfen zu einem großen Teil nach wie vor) nicht betreten werden.

Möglichst zuhause bleiben und die **direkten physischen Kontakte auf ein absolut notwendiges Minimum reduzieren**, das war lange die Devise und sie bleibt es im Grundsatz, trotz zwischenzeitlicher Lockerungen. Besonders belastet waren und sind die vielen Menschen, die ohne Besuch im Krankenhaus liegen oder die in einem Pflege- oder im Altenheim leben.

Seit dem 11. März 2020 arbeitet der vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung geführte Corona-Krisenstab. Kompetente Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien und der kommunalen Spitzenverbände beobachten und bewerten fast täglich die Lage, initiieren erforderliche Maßnahmen und bereiten weitere Schritte vor.

Mit einem ersten Nachtragshaushalt wurde schnell auf die Corona-Pandemie reagiert. 1,4 Mrd. Euro flossen und fließen in die **Unterstützung des Gesundheitswesens und der Wirtschaft**. Der Bürgschaftsrahmen wurde auf drei Mrd. Euro erhöht. Zusätzlich wurden Mittel des Überschusses aus dem Haushaltsjahr 2019 verwendet. In der Summe mobilisierte die Landesregierung bislang knapp 5 Mrd. Euro. Klein- und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Solo-Selbstständigen wurde von Bund und Land

schnell und unbürokratisch unter die Arme gegriffen. Krankenhäuser und Arztpraxen erhielten Schutzmasken und Schutzkleidung aus der zentralen Beschaffung des Innenministeriums. Noch mehr als zuvor wurden und werden aktuell Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte, Sanitäterinnen und Sanitäter, Apothekerinnen und Apotheker, aber beispielsweise auch die im Einzelhandel und in der Land- und Ernährungswirtschaft Tätigen gebraucht und gefordert. **Ihnen allen kann nicht genug gedankt werden.** Zusammen mit den Kommunen wurde in der Zeit, als Schulen und Kitas eigentlich geschlossen waren, eine Notfallbetreuung eingerichtet, um insbesondere diejenigen Eltern zu entlasten, die in systemrelevanten Berufen arbeiten.



Die Menschen in Niedersachsen haben sich in der Zeit von März bis Mai 2020 **sehr verantwortungsvoll verhalten**. Sie haben ihre direkten sozialen Kontakte drastisch reduziert und sich sehr konsequent an Abstands- und Hygienevorgaben gehalten. Selbst die verständlicherweise wenig geliebten Mund-Nasen-Bedeckungen werden recht konsequent getragen – im Einzelhandel, in Bussen und Bahnen. Auf viele der in Niedersachsen so sehr geschätzten Formen der Geselligkeit und Gemeinsamkeit musste und muss auch weiterhin verzichtet werden. Gleichzeitig haben die Bürgerinnen und Bürger in der Krise gezeigt, dass sie füreinander da sind und einander helfen. Kommunikation wurde digital aufrechterhalten, für Ältere und Kranke wurde eingekauft, Kinder berufstätiger Eltern wurden bekocht, vorübergehend geschlossene Gastronomiebetriebe unterstützt. Ohne das individuelle Engagement vieler Menschen wären die Auswirkungen von Corona in Niedersachsen noch deutlich dramatischer ausgefallen. Dieser Zusammenhalt wird Niedersachsen hoffentlich auch in den nächsten Monaten dabei helfen, dass Niedersachsen doch ganz gut durch die Krise kommt.



Die Zahl der Neuinfektionen ist von einem Höchststand von 449 Fällen am 27. März 2020 bis zum 4. Mai 2020 auf 39 neue Meldungen gesunken. An diesem Tag hat die Landesregierung einen **Stufenplan** vorgestellt, wie in den nächsten Wochen und Monaten bei weiterhin moderatem Infektionsgeschehen die zahlreichen Einschränkungen vorsichtig und umsichtig wieder abgebaut werden sollen. Die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche wie Kita und Schule, Handel und Dienstleistungen, Gastronomie und Touristik, aber auch private Kontakte, Kultur, Sport und Freizeit und die Versammlungen wurden bei der Erstellung des Stufenplans neben- und übereinandergelegt. Ein aus verschiedenen Ministerien stammendes ‚Exit-Team‘ hat bewertet, welche Lockerungen nach welchem Zeitablauf gleichzeitig vertretbar erscheinen. Zwingende Grundlage bleibt der Infektionsschutz. Bei einem verstärkten Infektionsgeschehen sind auch Verschärfungen der Maßnahmen erneut möglich.

Bei dem **„Niedersächsischen Weg in einen neuen Alltag mit Corona“** handelte es sich um das bundesweit erste Gesamtkonzept dieser Art. Der Stufenplan gibt den Menschen in Niedersachsen einigermaßen verlässliche Perspektiven für die nächste Zeit. Nach all den Belastungen und Unsicherheiten haben die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch darauf, zu erfahren, wann welche weiteren Lockerungsmaßnahmen zu erwarten sind, wenn die Zahl der Neuinfektionen und der behandlungsbedürftigen Menschen weiterhin verhältnismäßig niedrig bleibt.

Mehr als 570 Menschen sind bislang in Niedersachsen an dem Virus gestorben, viele andere kämpfen noch mit den Folgen eines schweren Verlaufs der Erkrankung. Für viele Familien war und ist die Zeit ohne Kita und Schule eine tägliche Herausforderung, ‚Homeoffice‘, das klingt schöner als es unter solchen Umständen ist. Der volkswirtschaftliche Schaden ist beträchtlich, in Niedersachsen wird er bei voraussichtlich bis zu 30 Mrd. Euro liegen. Das Coronavirus ist nach wie vor präsent in Niedersachsen, die Pandemie wird die Gesellschaft in den nächsten Monaten und Jahren weiter intensiv beschäftigen.

2. Beitragsfreiheit in der Kita

Seit dem 1. August 2018 ist der Besuch des Kindergartens für alle Kinder in Niedersachsen ab dem Alter von drei Jahren bis zum Schulbeginn **für acht Stunden am Tag gebührenfrei**. Unabhängig vom Geldbeutel der Eltern wird jetzt jedem Kind ermöglicht, an frühkindlicher Bildung teilzuhaben. Damit werden Familien in Niedersachsen nachhaltig entlastet und unterstützt. Die Beitragsfreiheit sorgt für mehr Chancengleichheit. Für das Jahr 2018 erhalten die Kommunen rund 109 Mio. Euro zum Ausgleich der wegfallenden Elterngebühren, für 2019 weitere 270 Mio. Euro. Für das Gesamtpaket zur Stärkung der frühkindlichen Bildung in Niedersachsen werden bis zum Ende der 18. Wahlperiode und darüber hinaus insgesamt mehr als 1,6 Mrd. Euro mobilisiert.



In den letzten Wochen mussten leider viele Eltern selbst die Betreuung ihrer Kinder übernehmen, weil coronabedingt nur eine Notbetreuung in Krippen und Kitas angeboten werden konnte. Diese Notbetreuung wurde und wird sukzessive ausgeweitet. Es wird dabei jeweils auf die konkrete Situation in den Familien und die Berufstätigkeit der Eltern abgehoben. Seit Mitte Mai 2020 haben die Krippen, Kindergärten und Horte die Möglichkeit, wieder **bis zu 50 Prozent der Kinder in die Notbetreuungsgruppen** aufzunehmen. Perspektivisch sollen nach und nach wieder alle Kinder betreut werden.

3. Masterplan Digitalisierung

Gerade jetzt in Zeiten von Corona wird den Menschen bewusst, wie sehr sie in vielen Bereichen des Lebens auf Digitalisierung angewiesen sind. Seit Beginn der Legislaturperiode wird – gesteuert durch das Wirtschaftsministerium – die digitale Infrastruktur in Niedersachsen noch stärker ausgebaut als bereits zuvor; digitale Anwendungen in Wirtschaft und Mobilität, Polizei und Justiz, Gesundheit und Pflege sowie der Bildung und Gesellschaft werden vorangetrieben. Dafür wurden im **„Masterplan Digitalisierung“** bis 2022 **eine Mrd. Euro** bereitgestellt.



Die Landkreise und kreisfreien Städte werden beim **Breitbandausbau** mit insgesamt 220 Mio. Euro unterstützt. Von insgesamt 2,5 Mio. Adressen haben nur noch ca. 150.000 Adressen weniger

als 30 Mbit/s Bandbreite. Laut Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur verfügten 2019 in Niedersachsen **91 Prozent der Haushalte über einen Internet-Anschluss von 30 MBit/s**, bei 64 Prozent lagen 400 MBit/s an und 49 Prozent hatten bereits 1 GBit/s. Den aktuellen Zahlen des Beratungsunternehmens ateneKOM zufolge besteht für Niedersachsen eine Breitbandverfügbarkeit im Bereich 1 GBit/s von 51,3 Prozent – das entspricht **Platz 3 der Flächenländer**. Ziel bleibt, alle Haushalte in Niedersachsen bis 2025 mit schnellem Internet zu versorgen. Bei den Krankenhäusern liegt der Gigabit-Wert bei 72 Prozent und bei den Schulen bei 86 Prozent. Auch dies sind Spitzenwerte im Bundesvergleich.



Um die Digitalisierungsoffensive weiter voranzutreiben, hat das Wissenschaftsministerium die **ersten 40 Digitalisierungsprofessuren** auf den Weg gebracht. Die Stellen können ab 2020 besetzt werden. Eine zweite Ausschreibungsrunde ist geplant. Die Schaffung von Digitalisierungsprofessuren ist eine der wichtigsten Weichenstellungen für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Landes. Gestärkt werden so Forschung und Transfer sowie gezielt auch der Bereich Studium und Lehre. Ausschreibungen mit Digitalisierungsbezug im Niedersächsischen Vorab sowie die Projekte der sechs Zukunftslabore im **Zentrum für digitale Innovationen Niedersachsen (ZDIN)** ergänzen das notwendige Fundament für eine erfolgreiche digitale Transformation in Niedersachsen.

Das Landwirtschaftsministerium unterstützt die Digitalisierung im Stall und auf dem Acker mit Modell- und Demonstrationsvorhaben. Die Potenziale digitaler Technologien werden für Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, vor allem aber für Umwelt- und Tierschutz nutzbar gemacht.



Digitalisierung ist auch **in der Landesverwaltung** immer wichtiger: Die verwaltungsinternen Prozesse in der Landesverwaltung sollen modernisiert werden, um die Nutzung der digitalen Dienste für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen erheblich zu erweitern. Rund 250 Mio. Euro des beschlossenen Sondervermögens Digitalisierung wurden für Maßnahmen in diesem Bereich bereitgestellt.

4. Digitalisierung auch in Schule und Verbesserung der Unterrichtsversorgung

Infolge der Corona-Pandemie mussten erstmals in der Geschichte des Landes Niedersachsen flächendeckende Kita- und Schulschließungen vorgenommen werden, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Auch die Einrichtungen der Erwachsenenbildung mussten ihren Lehrbetrieb unterbrechen. Seit Ende April 2020 wird verbindlich zu Hause gelernt. Entsprechende Hinweise zu Lernzeiten, Inhalten und den Kommunikationswegen sind den Schulen zugegangen. Die Schulen öffnen seit dem 4. Mai 2020 wieder schrittweise nach dem Prinzip „erst die Großen, dann die Kleinen“ in den jeweiligen Schulformen. Bereits am 27. April 2020 durften die Schülerinnen und Schüler der Abschlussjahrgänge zur Prüfungsvorbereitung in die Schulen zurückkehren. Die Lehrkräfte unterrichten ausschließlich geteilte, kleine Lerngruppen. Die Notbetreuung wird in allen Schulen und Kitas beibehalten und ausgeweitet.



Gerade jetzt in Zeiten von Corona zeigt sich, dass **digitales Lernen** unerlässlich ist für eine erfolgreiche Bildung. Hier ist vieles schon heute möglich, aber auch noch viel zu tun. Infolge einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern gehen Investitionen in Höhe von **523 Millionen Euro** über den **Digital-Pakt-Schule** in die digitale Infrastruktur der Schulen.

Eines der wichtigsten Ziele der Landesregierung in dieser Legislaturperiode war und ist die **Sicherstellung der Unterrichtsversorgung** an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. In jedem Einstellungsdurchgang werden mehr Lehrkräfte eingestellt, als dauerhaft aus dem aktiven Schuldienst ausscheiden. Allein im Jahr 2019 waren es 800 mehr Einstellungen als Lehrkräfte ausgeschieden sind. Damit wurde ein Unterrichtsversorgungs-Wert von 99,6 Prozent erreicht.

Niedersachsens Lehrkräfte mit Grund-, Haupt- und Realschulamt bekommen ab dem Schuljahr 2020/21 eine monatliche Zulage von 94 Euro zu ihrer bisherigen Besoldung nach A12. Angehoben wurde auch die Hinzuverdienstgrenze für pensionierte Lehrkräfte. Neben einer Imagekampagne für den Lehrkräfteberuf gibt es jetzt auch eine strukturierte Langzeitplanung für den Lehrkräftebedarf zusammen mit dem Wissenschaftsministerium.

5. Forschung und Lehre – Wissenschaft in Niedersachsen auf hohem Niveau

Die Vielzahl von Forschungsfragen, die sich im Zuge der pandemiebedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens aufdrängen, unterstreicht die hohe Bedeutung einer **breit aufgestellten und qualitativ hochwertigen Forschungsinfrastruktur**, weit über die Grenzen der Infektionsforschung hinaus. Das Coronavirus lässt sich umso besser bekämpfen, je mehr Wissen über den Erreger und seine Auswirkungen auf den Menschen zusammengestellt und aufbereitet wird. Medikamente und Impfstoffe werden auf wissenschaftlichen Analysen und Lösungsansätzen basieren. Mit 16,5 Mio. Euro aus dem ersten Nachtragshaushalt kann das



Wissenschaftsministerium insgesamt 16 Forschungsprojekte fördern. Davon profitieren die MHH, die TU Braunschweig, das Deutsche Primatenzentrum in Göttingen und das HZI: In schätzungsweise 100 Forschungsvorhaben in Niedersachsen werden aktuell unterschiedliche Ansätze verfolgt – für bessere Diagnostik, zur Erkennung von Antikörpern, zur Entwicklung von Impfstoffen und Behandlungsmöglichkeiten.



Wichtige Aufschlüsse für die Bewältigung wirtschaftlicher Probleme kann die Mitte Mai 2020 veröffentlichte gemeinsame Studie von HZI und ifo-Institut unter dem Titel „Das gemeinsame Interesse von Gesundheit und Wirtschaft: Eine Szenarien-Rechnung zur Eindämmung der Corona-Pandemie“ liefern.

Wissenschaft braucht konstruktive und kontroverse Diskussionen. Sie lebt von der Professionalität der Forschungseinrichtungen, von Einsatz und Erfindergeist. Politik und Gesellschaft brauchen aktuell mehr denn je Beratung und Begleitung durch Wissenschaft. Das gilt nicht nur für den Umgang mit und die Überwindung von Corona, sondern auch für eine Weiterentwicklung schulischen und universitären Lernens in Zeiten der Pandemie, für den Klimaschutz, die Zukunft der Landwirtschaft. Kurzum: es geht um einen möglichst breiten Transferbegriff, der nicht nur die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft umfasst, sondern auch gesellschaftliche Fragen aufgreift und berücksichtigt.

Es ist in den vergangenen Jahren gelungen, die Spitzenforschung spürbar auszubauen. Ein wesentlicher Baustein war der **Erfolg in der Exzellenzstrategie von Bund und Länder**. Die Verdopplung der prämierten Cluster von 3 auf 6 bedeutet zusätzliche Mittel für die niedersächsische Forschungslandschaft in Höhe von mehr als 300 Mio. Euro bis 2026.

Für all das geht ein großer Dank der Landesregierung an alle Forscherinnen und Forscher in Niedersachsen.

6. Niedersachsens Wirtschaft krisenfest gestalten

Niedersachsen stand zu Beginn der Corona-Pandemie **wirtschaftlich so gut da wie nie zuvor in seiner Geschichte**: mehr als 3,047 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dezember 2019 und weniger als 5 % Arbeitslose. Die Landesregierung hat zudem beim Bund geringere Bürokratiekosten für mittelständischen Betriebe erreicht, etwa durch wesentliche Erleichterungen im Bundesdatenschutzgesetz.



Mit der **Meisterprämie im Handwerk** sind mehr als 4.200 Meisterinnen und Meister mit einem Gesamtvolumen von rd. 17 Mio. Euro gefördert worden. Zusätzlich unterstützt die neu eingeführte Gründungsprämie Handwerksbetriebe in der Gründungsphase bzw. bei Betriebsübernahmen.

Der Tourismus hat landesweit große Bedeutung. Deshalb hat die TourismusMarketing Niedersachsen GmbH eine zukunftsgerechte neue Struktur erhalten, die **Tourismusförderung** wurde finanziell deutlich gestärkt.



Das Wirtschaftsministerium setzt auf den **Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und der Straßeninfrastruktur**, auf Ortsumgehungen und eine intelligente Verkehrssteuerung. Der erste

Wasserstoffzug „made in Salzgitter“ ist das beste Beispiel für nachhaltige Mobilität auf niedersächsischen Schienen. Niedersachsen investiert 2020 den bisherigen Höchstwert von 117 Millionen Euro in die Landesstraßeninfrastruktur, um den Zustand von Radwegen, Brücken und Ortsdurchfahrten zu verbessern; ein Spitzenwert von knapp eine Mrd. Euro ist in 2019 für den Bau von Bundesfernstraßen investiert worden.



Niedersachsen fördert Innovationen und neue Geschäftsideen zuverlässig, schnell und unbürokratisch durch neue Möglichkeiten wie den Digitalbonus oder das Gründungsstipendium für Start-Ups sowie durch besondere Finanzierungsangebote.

7. Moderne umwelt- und klimabewusste Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe gehören in Niedersachsen zum Kernbereich der mittelständisch geprägten Wirtschaft. Direkt oder indirekt hängen so viele Arbeitsplätze von der Landwirtschaft ab wie in keinem anderen Bundesland.

Der Wandel hin zu einer stärker die **natürlichen Ressourcen schonenden und am Tierwohl orientierten Landwirtschaft** hat längst begonnen, ist aber für die Betriebe an vielen Stellen mit Veränderungs- und Anpassungsdruck verbunden.

Vor diesem Hintergrund arbeitet das Landwirtschaftsministerium gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten an einer neuen Balance zwischen den Interessen der Klima-, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik.

Die niedersächsischen Gewässer sind durch zu hohe Nährstofffrachten belastet. Auf Drängen der EU ist unter intensiver Mitwirkung des Landwirtschaftsministeriums Niedersachsen die **Düngeverordnung** geändert worden. Die niedersächsische Landesregierung setzte sich dabei für konsequent am Wasserschutz orientierte und zugleich für landwirtschaftliche Betriebe prakti-

kable und nachvollziehbare Lösungen ein und konnte wichtige Vorstellungen durchsetzen. Dazu gehört die Verankerung des sog. **„Verursacherprinzips“** in der neuen Düngeverordnung, das nicht nur die Messerwerte an Grundwassermessstellen, sondern auch landwirtschaftliche Emissionsdaten einbezieht. Im Kampf gegen die Nährstoffbelastung des Grund- und Oberflächenwassers soll und muss es aber künftig zu deutlichen Verbesserungen in hochbelasteten Gebieten kommen.



Zuvor waren in Niedersachsen bereits zwei Länderverordnungen erarbeitet worden. Damit werden flächendeckend für ganz Niedersachsen die Nährstoffvergleiche der landwirtschaftlichen Betriebe erfasst (**Elektronische Nährstoffmeldung Niedersachsen – „ENNI“**) und phosphat- und nitratsensible Gebiete (sog. „rote Gebiete“) ausgewiesen, in denen weitere Maßnahmen zur Sicherung der Qualität des Oberflächen- und Grundwassers umzusetzen sind.

Niedersachsen ist vor allem auch bedeutender Tierhaltungsstandort. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für das Wohl der Tiere. Der ‚Tierschutzplan Niedersachsen‘ wurde zu einer **„Niedersächsischen Nutztierstrategie – Tierschutzplan 4.0“** weiterentwickelt. Ein Ergebnis ist die jüngst mit dem Niedersächsischen Geflügelwirtschaftsverband erzielte Vereinbarung über Mindestanforderungen in der Gänsehaltung.

8. Nachhaltiges Haushalten ermöglicht Unterstützung in Corona-Zeiten

Die Landesregierung steht für eine solide und nachhaltige Finanzpolitik. Sie hat mit den haushaltspolitischen Beschlüssen seit Beginn der Legislaturperiode bewiesen, dass **steigende Investitionen in wichtige Zukunftsfelder** auf der einen und eine **Stärkung der finanziellen Vorsorge** auf der anderen Seite gleichzeitig möglich waren. Dies war die Voraussetzung dafür, dass Niedersachsen jetzt die infolge der Corona-Pandemie notwendigen Unterstützungsleistungen für Menschen und Wirtschaft stemmen kann.

Während mit dem Nachtragshaushalt 2018 zu Beginn der Legislaturperiode die zentralen politischen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt und finanziell abgesichert wurden, konnte mit dem Haushalt 2019 erstmals in der Geschichte des Landes vollständig auf neue Schulden und Einmaleffekte, wie beispielsweise Veräußerungserlöse oder Rücklagenentnahmen, verzichtet und ein **strukturell ausgeglichener Haushalt** vorgelegt werden. Dieser Weg wurde mit dem Ende 2019 beschlossenen Haushalt 2020 konsequent fortgesetzt.

Die Landesregierung hat damit begonnen, den über Jahrzehnten anwachsenden Schuldenberg abzutragen und Altschulden in Höhe von über einer dreiviertel Milliarde Euro getilgt.

Der Grundgesetz verankerten **Schuldenbremse** wurde auch in Niedersachsen **Verfassungsrang** einräumt. Das ist ein klares Bekenntnis zu einer nachhaltigen Finanzpolitik.

Gleichwohl blieb und bleibt das Land Niedersachsen auch nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie und den daraus resultierenden Auswirkungen auf die Ökonomie sowie auf die soziale Lage finanziell handlungsfähig. In der Covid-19-Krise erweist es sich derzeit als elementar, den im Grundgesetz für die Länder vorgesehenen **Rahmen für Krisenzeiten** eröffnet zu haben. Diese in der Niedersächsischen Verfassung abgesicherten Regelungen sind Voraussetzung für die kreditfinanzierten Unterstützungsleistungen des Landes. Die von der Krise am stärksten Betroffenen werden in besonderer Weise unterstützt. Mit einem **Nachtragshaushalt in Höhe von 1,4 Mrd. Euro** hat das Land Ende März 2020 beschlossen, einen großen Teil des finanziellen Schadens seiner Volkswirtschaft aufzufangen. Zudem wurde der Bürgschaftsrahmen auf 3 Milliarden Euro erhöht. Ende Juni wird dem Landtag ein zweiter Nachtragshaushalt vorgeschlagen werden.



Die NORD/LB ist die führende Universalbank im Norden Deutschlands und damit Partner der niedersächsischen Wirtschaft. Obwohl die Bank über zahlreiche profitable Geschäftsfelder verfügt,

befand sie sich in einer schwierigen Lage. Das niedersächsische Finanzministerium entwickelte gemeinsam mit den anderen Trägern der Bank einen **Kapitalisierungsplan** sowie eine damit einhergehende **Neuausrichtung der NORD/LB**. Das Land Niedersachsen hat sich daran mit einer Kapitalerhöhung von 1,5 Mrd. Euro sowie mit einer Kapitalentlastung in Höhe von 800 Mio. Euro beteiligt. So konnte gemeinsam mit der Sparkassen-Finanzgruppe eine marktkonforme Lösung realisiert werden, die keine staatliche Beihilfe darstellt.

9. Verbesserungen in der Pflege, Schulgeldfreiheit in Gesundheitsberufen

Die in der Alten- und Krankenpflege tätigen Frauen und Männer sind in der Corona-Krise in besonderer Weise gefordert und gefährdet. Die Landesregierung begrüßt es, dass der Bund jetzt die Voraussetzungen für eine Prämie für Pflegekräfte geschaffen hat. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des zweiten Nachtrags Haushalts im Juni 2020 wird in Niedersachsen eine Aufstockung dieser Corona-Prämie für Beschäftigte in der Pflege geprüft.



Jetzt zahlt sich auch aus, dass die Landesregierung bereits im letzten Jahr die **Konzertierte Aktion Pflege Niedersachsen (KAP. Ni)** initiiert hat. In intensiven Verhandlungen mit den maßgeblichen Akteuren in der Pflege ist ein Zeit- und Maßnahmenkatalog für konkrete Verbesserungen vereinbart worden. Jeder der Partner leistet einen Beitrag, um die Situation in der Pflege zu verbessern. Das reicht von der Förderung einer tariflichen Bezahlung der Pflegekräfte über Maßnahmen für bessere Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschutz bis hin zur Entwicklung innovativer Versorgungsansätze. All dies zahlt sich jetzt in der Corona-Krise in besonderer Weise aus.

Alle merken derzeit, wie sehr das Land Niedersachsen auf eine ausreichende Zahl von gut ausgebildeten Pflegekräften angewiesen ist. Schulgeld darf einer Entscheidung für diesen und andere gesellschaftlich wichtige Berufe nicht im Wege stehen. Nieder-

sachsen ist deshalb in die **Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe** eingestiegen. Wer in 2019 mit einer Ausbildung in Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie und Podologie begonnen hat, muss kein Schulgeld mehr bezahlen. Diese Berufe sind für eine gute und umfassende medizinische Versorgung von großer Bedeutung. Des Weiteren wurde die Schulgeldfreiheit für soz.-päd. Assistent/Innen und Erzieher/Innen ebenfalls zum 1. August 2019 eingeführt.



10. Ankurbelung des Wohnungsbaus, Verbot der Zweckentfremdung, Wohnraumschutz

Das Bau- und Umweltministerium hat im März 2018 gemeinsam mit dem Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft vdw und anderen Partnern das **„Bündnis für bezahlbares Wohnen in Niedersachsen“** gegründet. Ziel des Bündnisses war und ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Niedersachsen. Ältere Menschen und Familien, aber auch Auszubildende und Studierende und Menschen mit niedrigen Einkommen sollen sich in Niedersachsen eine hinreichend große und bei Bedarf barrierefreie eigene Wohnung leisten können.



Im Jahr 2019 wurden in Niedersachsen insgesamt rund 28.350 Wohnungen fertiggestellt – 3,6 Prozent mehr als im Jahr 2018, so das Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN).

Das Niedersächsische Gesetz über das **Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum** ist im April 2019 in Kraft getreten. Es ermöglicht ein konsequentes Vorgehen gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum für touristische Zwecke und gegen die Umnutzung von Wohnraum in Gewerberaum: Die Kommunen wurden zum Erlass entsprechender kommunaler Satzungen ermächtigt.

Zudem wird der **Entwurf eines Niedersächsischen Wohnraumschutzgesetzes** derzeit im Landtag beraten. Dieses Gesetz zeigt klare Grenzen für einen verantwortungslosen Umgang mit Wohnimmobilien und mit Mieterinnen und Mietern auf und geht gegen Verwahrlosung, Missstände und Überbelegung vor. Ein wichtiges Element der Wohnungsbaupolitik des Landes war auch die Novelle der Niedersächsischen Bauordnung. Darin enthalten sind insbesondere Regelungen zur Förderung des barrierefreien Wohnraums.

11. Mehr Personal bei Polizei und Justiz, Neues Polizeigesetz, Bekämpfung von Clan- und Hasskriminalität

Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Niedersachsen ist noch sicherer geworden. Eine **starke Polizei, eine effektive Justiz und ein Bekenntnis zum Ehrenamt, u. a. im Brand- und Katastrophenschutz**, sind der niedersächsische Dreiklang der Sicherheit. Nach einem historischen Tiefstand der Kriminalitätszahlen 2018 sind die Fallzahlen 2019 nahezu exakt konstant geblieben. Gleichzeitig steigt die Aufklärungsquote auf 63,44 Prozent – der beste Wert seit 1990. **In Niedersachsen lebt man sicher.**



Personell wurde die **Polizei** weiter gestärkt. Neben der reinen Nachbesetzung von ausscheidenden Beamtinnen und Beamten sind **950 zusätzliche Stellen** geschaffen worden. Die insgesamt aktuell mehr als 22.000 Stellen im Polizeivollzug (inkl. Anwärterstellen) bedeuten einen historischen Höchststand.

500 zusätzliche Stellenhebungen von A9 nach A11 bedeuten 1.000 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten bisher in dieser Legislaturperiode. Weitere 250 Stellenhebungen von A9 nach A10 zum Stichtag 1. Juni 2020 sind etatisiert.

Die Herausforderungen für die Polizei sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen und vielseitiger geworden. Immer mehr Straftaten werden digital begangen, Internet und Darknet bieten Kriminellen neue Aktionsfelder. Gleichzeitig gibt es neue Herausforderungen durch den Terrorismus. Die veränderte Bedrohungslage hat die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen für die polizeiliche Arbeit notwendig gemacht. Die Verabschiedung des **„Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG)“** im Mai 2019 war dafür ein wichtiger Schritt. Es wurden neue Ermittlungsbefugnisse bei gleichzeitiger Gewähr der Bürger- und Freiheitsrechte geschaffen.

Den Rechtsstaat ernst nehmen, bedeutet, das Recht zügig durchzusetzen. In geeigneten Fällen folgt die Strafe auf dem Fuße, in „beschleunigten Verfahren“ liegen zwischen Tat und Verurteilung oft nur wenige Tage. Niedersachsen hat das Personal für diese Verfahren gezielt verstärkt, innerhalb von zwei Jahren sind die **beschleunigten Verfahren auf insgesamt 1.675 angestiegen**. Auch in anderen wichtigen Bereichen wurde die Schlagkraft erhöht, denn ein Rechtsstaat lebt von den Menschen, die ihn durchsetzen. Aktuell (31.12.2019) arbeiten über **2.706 Richter und Staatsanwälte** in Niedersachsen – so viele wie nie zuvor. In Braunschweig, Hildesheim, Osnabrück und Stade werden neue Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Bekämpfung von Clankriminalität eingerichtet. Bei der Staatsanwaltschaft Göttingen wird eine Zentralstelle zur Bekämpfung der Hasskriminalität im Internet eingerichtet und mit spezialisierten Staatsanwälten verstärkt. Neues Personal gibt es auch für die Verfolgung und Ahndung von Wohnungseinbrüchen.

Die Sicherheit in Justizgebäuden ist in den vergangenen zwei Jahren deutlich erhöht worden. Denn **wer ein Gerichtsgebäude betritt, soll sich sicher fühlen.**





Es gibt mehr Justizwachtmeister, neue Gepäckscanner, Detektorrahmen und Sicherheitsschleusen und vor allem mehr Kontrollen am Eingang der Justizgebäude. Ein neues Gesetz garantiert zudem ein neutrales Auftreten im Gerichtssaal. Religiöse oder politische Kleidung und Symbole sind bei Richtern oder Staatsanwälten inzwischen untersagt. Diese Vorschrift soll das Vertrauen in eine neutrale Justiz stärken.

Um die Opfer von Straftaten zu unterstützen, gibt es seit November 2019 hat Niedersachsen einen **Landesbeauftragten für Opferschutz**.

12. Klimaschutz, Windenergie, E-Mobilität und Wasserstoff

Der **Gesetzentwurf für ein Niedersächsisches Klimagesetz** wird derzeit im Landtag beraten. Vorgesehen sind konkrete Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen, zum Aufbau von Kohlenstoffspeichern und zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels in Niedersachsen. Klimaschutz soll als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen werden. Ein Lenkungsausschuss auf Staatssekretärschene erarbeitet jetzt ein **Maßnahmenprogramm**. Darin enthalten sind u.a. Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Liegenschaften, zur Umrüstung von Fuhrparks, zum Ausbau der Ladeinfrastruktur, zur Aufforstung des Waldes, zur Förderung der Photovoltaik sowie zu einer klimagerechten Landwirtschaft.

Windenergie ist der Rohstoff des Nordens. **Windkraft an Land und auf hoher See ist ein Motor der Energiewende**, wichtige industrielle Branche für Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung. Der Landesregierung ist es Anfang 2020 gelungen, mit allen Interessensträgern am **„Runden Tisch zur Zukunft der Windenergie in Niedersachsen“** eine Vereinbarung zu treffen, die dazu führt, die Flächenverfügbarkeit für Windenergieanlagen zu erhöhen, Repowering zu vereinfachen, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen.



Im **Strategiedialog Automobilwirtschaft** in Niedersachsen begleiten Staatskanzlei und Wirtschaftsministerium gemeinsam mit der IGMetall und NiedersachsenMetall, den industriellen Partnern Volkswagen AG und Continental AG sowie Vertretern von Tarifparteien, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft den derzeitigen Strukturwandel in der Automobilindustrie.



Zu den bisherigen Herausforderungen Elektrifizierung und Digitalisierung ist mit der Corona-Krise nun eine weitere hinzugekommen. Batterien sind eine Schlüsseltechnologie in verschiedenen Sektoren und für die Umsetzung der Energiewende im Verkehr. Bei der emissionsarmen Mobilität hat Niedersachsen ein großes Interesse, auch in Zukunft führender Standort der Automobilindustrie zu sein. Die Landesregierung hat die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen, die es der Volkswagen AG ermöglicht haben, gemeinsam mit ihrem schwedischen Partner Northvolt in Salzgitter die Errichtung einer Gigafactory zur Batteriezellfertigung vorzubereiten.

Bereits im Herbst 2019 wurde eine gemeinsame „**Norddeutsche Wasserstoffstrategie**“ verabschiedet. Ziel: Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft für neue Energietechnik und Mobilität. Über den Bundesrat hat sich Niedersachsen immer wieder für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine neu aufzubauen Wasserstoffwirtschaft eingesetzt. Drei Reallabore für Wasserstoff in Niedersachsen sind vom Bund zur Förderung ausgewählt worden. Es geht um die Weiterentwicklung von Wasserstofftechnologien, um die Erzeugung von grünem Methanol und um die bessere Umsetzung der Sektorkopplung. Die Koppelung der Sektoren Elektrizität, Wärmeversorgung und Verkehr wird zu einer erheblichen Reduzierung der CO₂-Emissionen und zu einer nachhaltigen Dekarbonisierung in diesen Bereichen führen. Die Landesregierung schützt die Menschen in Niedersachsen



so gut es geht vor den Folgen des Klimawandels. 27 Mio. Euro wurden im Zuge des **Masterplans Hochwasserschutz** investiert, damit sich Kommunen und Gemeinden besser auf Überschwemmungen und Starkregen vorbereiten können. Beim Küstenschutz konnte das hohe Niveau der Investitionen mit über 60 Mio. Euro gehalten und verstetigt werden.



13. Neue Regionalförderung und europäische Herausforderungen

2017 wurde das **Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung** neu gegründet. Von dort werden die Regionen mit unterschiedlichen Instrumenten der Regionalentwicklung dabei unterstützt, mit den Folgen von demografischem Wandel, Digitalisierung, Klimawandel und Strukturwandel in der Wirtschaft klar zu kommen. Es wurden bestehende Förderlücken geschlossen und erfolgreiche Ansätze aus der vergangenen Legislaturperiode weiterentwickelt. Finanzschwache Kommunen erhalten Kofinanzierungshilfen, um Förderprogramme der EU überhaupt in Anspruch nehmen zu können. Einzigartig in der Bundesrepublik ist das **Programm „Soziale Innovationen“**, das die Entwicklung und Erprobung innovativer Projekte in Arbeitswelt und Gesellschaft fördert.



Erstmalig seit ihrer Gründung hat sich ein Mitglied – Großbritannien – entschieden, die EU zu verlassen. Die Landesregierung hat sich intensiv in den Austrittsprozess eingebracht und stand den britischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen, die ihren Lebensmittelpunkt in Niedersachsen haben, mit Rat und Tat durch eine

Hotline zur Seite. Wirtschaft und Wissenschaft wurden beim **Runden Tisch „Brexit“** umfassend informiert. Das Niedersächsische **Brexit-Übergangsgesetz** sichert die Rechte und Pflichten in der Übergangsphase ab. Als eines von zwei Ländern ist Niedersachsen in Brüssel direkt in den EU-Institutionen vertreten, die die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zwischen der Union und Großbritannien verhandeln.

Mit dem neuen **Förderprogramm „Zukunftsräume“** werden seit 2019 Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern dabei unterstützt, ihre Ankerfunktionen für das ländliche Umland zu stärken. Dieses Förderprogramm steht für eine nachhaltige Stärkung der Attraktivität des ländlichen Raums. Im Mittelpunkt stehen zunächst Gemeinschaftseinrichtungen für die medizinische Versorgung, den Einzelhandel und das gesellschaftliche Miteinander.



14. Land fördert Sport und Kultur

Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur hat im Rahmen des Förderprogramms ‚Zukunftsräume‘ die Rolle von Landschaften und Landschaftsverbänden, als regionale Kulturförderer gestärkt und die Ansätze der **Kulturförderung** bei den kommunalen Theatern, den freien Theatern und mehreren Kultureinrichtungen mit überregionaler Bedeutung spürbar erhöht. Um zu verhindern, dass durch pandemiebedingte Einschränkungen wichtige Säulen der Kultur wegbrechen, wurde ein Sonderprogramm für Kultureinrichtungen mit 10 Mio. Euro ausgestattet.



Sport und Kultur haben in Niedersachsen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine immense Bedeutung. Und Niedersachsen ist das Land des Ehrenamts. Unzählige Niedersachsen sorgen dafür, dass ein vielfältiges und lebendiges Netz von Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen und -initiativen das gesellschaftliche Miteinander in ganz Niedersachsen erhält und stetig ausbaut. Mit einem **Sportförderprogramm im Umfang von 100 Mio. Euro** fördert die Landesregierung die wichtige Arbeit von Sportvereinen in Niedersachsen.

Die Sportförderung in Niedersachsen steht auf sicheren Beinen. Damit das auch in Zukunft so bleibt, wird die jährliche Finanzhilfe an den LandesSportBund Niedersachsen e.V. (LSB) ab 2020 noch einmal um 3,7 Millionen Euro auf insgesamt 35,2 Millionen Euro erhöht. Darüber hinaus erhält der LSB am Ende eines Jahres 25 Prozent von den Mehreinnahmen aus den Glücksspielabgaben. Damit erreichen wir die höchste Sportförderung in der Geschichte des Landes. Ohne Sportstätten kein Sport: Die Landesregierung hat für diese Legislaturperiode ein 100-Millionen-Euro-Programm zur Sanierung von Sportstätten auf den Weg gebracht. Es geht sowohl um den Erhalt der Infrastruktur als auch um die energetische Sanierung als Beitrag für den Klimaschutz. Ein besonderer Schwerpunkt der Förderung liegt bei Schwimmbädern.



Was sonst noch wichtig war in der ersten Halbzeit:

- Neuer **Landesbeauftragter gegen Antisemitismus** und für den Schutz jüdischen Lebens



- Weitere Stärkung des **Kinderschutzes** durch zusätzliche Kinderschutz-Zentren und Aufklärungskampagne „Kinderschutz geht alle an“
- Intensiver Einsatz für eine **Planungsbeschleunigung bei Großvorhaben**
- **Bündnis „Niedersachsen für Europa“** mit über 200 Partnern ruft zur Teilnahme an der Europawahl auf. Wahlbeteiligung in Niedersachsen steigt von 49,1% in 2014 auf 61,5%.



- **Reformationstag** als neuer Feiertag
- Sanierungs- und **Investitionsprogramm für kommunale Sportstätten**
- Mehr **Patienten- und Gesundheitsschutz** durch Änderung des Krankenhausgesetzes und des Transplantationsgesetzes
- Fortschritte beim **Neubau Hochschulmedizin**
- Erfolgreiche Bundesratsinitiative zur **Nachunternehmerhaftung für Paketboten**
- Ausbau der Beratungs- und Präventionsangebote im Bereich **Gewaltschutz für Frauen**

- Einrichtung der **Kommission Niedersachsen 2030**



Ausblick – Krise überwinden, zusammen zurück zu früherer Stärke

1. Corona weiter bekämpfen, Stufenplan umsetzen, Weg in einen neuen Alltag

Das Coronavirus und die damit verbundenen Gefahren sind nicht beseitigt, sie existieren in Niedersachsen weiter, wenn auch auf einem deutlich niedrigeren Niveau als noch vor einigen Wochen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben nach wie vor Angst davor, dass sie selbst und ihre Angehörigen krank werden und sterben könnten. Diese Sorgen sind, wie die Bilder aus Italien, Großbritannien oder New York zeigen, leider nicht unbegründet. Eine andere Gruppe von Menschen in Niedersachsen drängt ungeduldig auf immer mehr Lockerungen und eine Rückkehr in eine vollständige Normalität. In Teilen des Handels, der Gastronomie, des Dienstleistungsgewerbes aber auch der Industrie gibt es Existenzängste. Viele Unternehmen leiden unter den geltenden Auflagen und darunter, dass die Kundinnen, Kunden und Gäste noch eher zurückhaltend sind.

Niedersachsen wird in den nächsten Wochen und Monaten den **Stufenplan weiter umsetzen**. Wenn die Zahlen der Neuinfizierten und der in den Kliniken liegenden Patientinnen und Patienten niedrig bleiben, werden nach und nach die noch verfügbten Schließungen aufgehoben.

Aktuell hoffen alle, dass das Virus in den nächsten Wochen nach und nach verschwindet und im besten Fall nie wiederkommt. Durchaus möglich ist aber, dass es auch in den nächsten Monaten immer wieder steigende Infektionszahlen geben wird. Die Landesregierung wird auch in Zukunft verantwortungsvoll mit der Gesundheit und dem Leben der Menschen in Niedersachsen umgehen. Sollten die Zahlen wieder deutlich ansteigen, sollen sie nach Möglichkeit vor allem auf regionaler Ebene bekämpft werden. Um diese Bemühungen zu unterstützen und auf eine breitere Datenbasis zu stellen, soll unter Einbindung aller relevanten Akteure ein **interdisziplinäres Infektionsnetzwerk Niedersachsen** gegründet werden.



Die folgenden Grundsätze werden in den nächsten Monaten das Handeln der Landesregierung prägen:

(1) Der **Infektionsschutz muss gewahrt bleiben**, Hygienevorgaben, Abstandspflichten, Kontaktbeschränkungen und Mund-Nasen-Bedeckungen beim Einkaufen, in Bus und Bahn etc. sind auch in den nächsten Wochen und Monaten das Fundament von Lockerungen. In den niedersächsischen Krankenhäusern werden Reserven für C-19-Erkrankte vorgehalten, um möglichen künftigen Engpässen vorzubeugen. Es wird zukünftig noch stärker auf konsequentes regionales Vorgehen gesetzt. Die jeweiligen Entwicklungen vor Ort in den Kommunen werden eng beobachtet und begleitet. Bei einem etwaigen Wiederaufflammen der Infektionen wird geprüft werden, ob regional begrenzte Maßnahmen ausreichen.

(2) In Niedersachsen sollen stets **alle Bereiche Perspektiven** aufgezeigt bekommen. Kinder und Jugendliche, Familien, ältere Menschen, die Wirtschaft, Kultur und Sport. Zu einer erfolgreichen Krisenbewältigung gehört für die Landesregierung, dass alle Bereiche der Gesellschaft ein Gefühl dafür haben, wann und unter welchen Bedingungen sie wieder einen einigermaßen normalen Alltag aufnehmen können.

(3) Aus diesem Grund wird auch **weiterhin in Phasen gedacht und geplant** werden. Wer Perspektiven für alle Bereiche eröffnen möchte, kann nicht in einem Bereich sofort alles ermöglichen. Es wird auch in den nächsten Monaten stets darauf ankommen, die richtigen Schritte zu definieren und so zu begründen, dass sie nachvollziehbar sind und überzeugend.

(4) Die Landesregierung wird auch in Zukunft gewissenhaft zwischen Risiken für Gesundheit und Leben der Menschen durch Infektionen und Schäden durch die Einschränkungen abwägen und diesen **Abwägungsprozess auch stets transparent machen**. In den ersten Stufen wurde mit Maßnahmen begonnen, bei denen das Infektionsrisiko überschaubar und der gesellschaftliche und

wirtschaftliche Schaden besonders hoch erschienen. Sofern das Infektionsgeschehen weiterhin moderat bleibt – aber eben nur dann – können in den nächsten Phasen auch höhere Risiken eingegangen und Bereiche geöffnet werden, in denen die wirtschaftlichen Schäden geringer sind. Es wird auch in den nächsten Monaten immer wieder darum gehen, auszutarieren, wie größtmögliche Sicherheit vor dem Virus und größtmögliche Freiheit im Miteinander und im Wirtschaftsleben übereinander gebracht werden können.

(5) Bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie – und das ist der fünfte Grundsatz – kommt es primär auf die **Einsicht und die Bereitschaft zum Mitmachen bei den Bürgerinnen und Bürgern** an. Keine noch so durchdachte Politik kann die Corona-Krise alleine lösen. Jede und jeder Einzelne muss ihren bzw. seinen Beitrag leisten, persönliche Hygiene einhalten, Abstand wahren und die direkten persönlichen Kontakte begrenzen. All das ist erforderlich nicht nur zum eigenen Schutz, sondern auch zum Schutz der anderen, insbesondere der älteren Menschen und der Menschen mit Vorerkrankungen.

Für eine Akzeptanz dieser Grundsätze wird die Landesregierung in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder werben.

2. Unterstützung der Wirtschaft – Überwinden der coronabedingten Talsohle

Die niedersächsische Wirtschaft – besonders der Mittelstand – leidet unter den Folgen der Corona-Krise. In einem ersten Schritt ist es durch erfolgreiche **Zuschuss-, Kredit und Bürgschaftsprogramme des Landes und des Bundes** gelungen, die Liquidität von mehr als 120.000 kleinen und mittleren Unternehmen zu sichern. Erhebliche Teile der Wirtschaft aber befanden sich schon vor der Krise in einem strukturellen Wandel. Sie müssen die begonnenen Prozesse der Digitalisierung und der Dekarbonisierung unbedingt fortführen können.

Die Konjunktur soll in den folgenden Monaten möglichst rasch wieder anziehen. Damit das gelingen kann, brauchen insbesondere



kleine und mittlere Unternehmen **Liquidität für Investitionen**. Durch ausgeweitete Instrumente der Wirtschaftsförderung wie beispielsweise niedrigschwellige Investitionszuschüsse oder Bürgschaften soll in den nächsten Monaten das notwendige Kapital für Unternehmen, die in die Zukunft investieren wollen, bereitgestellt werden. Die dafür benötigten Fördermittel müssen in wesentlichen Teilen vom Bund kommen, aber auch das Land wird sich beteiligen. Die Landesregierung wird dem Parlament Ende Juni 2020 einen zweiten Nachtragshaushalt vorschlagen, in dem die Unterstützung der Wirtschaft einen erheblichen Teil ausmachen wird.

Noch dringender als Finanzmittel für Investitionen aber brauchen die niedersächsischen Unternehmen eine stärkere Nachfrage. Für **mehr Kaufkraft** müssen insbesondere die Bezieherinnen und Bezieher unterer und mittlerer Einkommen, die aktuell teilweise von Kurzarbeit oder gar Arbeitslosigkeit bedroht sind, in die Lage versetzt werden, wieder stärker zu konsumieren. Schon deshalb muss das Land dazu beitragen, dass die Wirtschaft wieder in Fahrt kommt.

Die Landesregierung wird auch weiterhin werben für gezielte **Konsumanreize** in den Branchen, in denen ein verzögerter Wiederanstieg der Nachfrage beobachtet wird. Das ist insbesondere im Automobilsektor der Fall. Prämienzahlungen für den Wechsel zu einem deutlich emissionsreduzierten Fahrzeug könnten dabei helfen, den eingebrochenen Kfz-Handel wieder anzukurbeln und die Umwelt zu schützen.

Niedersachsen macht sich auf den Weg, Vorreiter im Bereich der **E-Mobilität** zu werden. Langfristig besteht hierfür ein Bedarf von 720.000 öffentlichen Ladepunkten bis 2030 in Deutschland. Die Herausforderung für Niedersachsen beim Aufbau öffentlicher Ladepunkte liegt bei etwa 25.000 öffentliche Ladepunkte bis 2025 und ca. 55.000 bis 2030.



Das Land nimmt eine Vorreiterrolle ein und setzt auf Ladestationen an öffentlichen Einrichtungen. Geplant ist darüber hinaus eine Förderung zum Aufbau von privater Ladeinfrastruktur in kleineren und mittleren niedersächsischen Betrieben. Zusätzlich soll der Ausbau von Schnellladeinfrastruktur für Elektroautos in Niedersachsen vorangetrieben werden. Zielsetzung ist es, ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Netz mit Schnellladeinfrastruktur mit mindestens 100 KW sicherzustellen.

Besonders unter dem Shutdown zu leiden hatten Gastronomie, Hotellerie und Tourismus. Möglicherweise aber wird die Corona-Krise auch dazu führen, dass **Urlaub in Niedersachsen** in Zukunft auch in den bislang weniger frequentierten Teilen des Landes stärker gefragt sein wird. Hierfür bedarf es gezielter Förderprogramme, die die Attraktivität auch abgelegener Tourismusregionen steigern.



Viele Menschen haben sich in der Corona-Krise angewöhnt, noch häufiger als zuvor Online einzukaufen. Ein Trend, der sich bei etwaigen weiteren Corona-Ausbrüchen fortsetzen würde. Dadurch ist der stationäre Handel insbesondere gegenüber den großen Internetkonzernen in eine schwierige Wettbewerbssituation geraten. Das Wirtschaftsministerium hat ein Konzept erarbeitet, das den **niedersächsischen Einzelhandel bei Fragen der Digitalisierung, insbesondere beim Online-Handel unterstützen** soll. Über digitale Plattformen sollen Bürgerinnen und Bürger unkompliziert Waren von ortsansässigen Geschäften oder Gastronomiebetrieben auch online kaufen und sich liefern lassen können. Marketinggesellschaften sollen die Einzelhändler und Gastronomen dabei unterstützen, ihre Waren digital anzubieten. Hinzukommen müsste ein regionaler Auslieferungsdienst nach hohen ökologischen Standards – beispielsweise über staatliche Anschubfinanzierungen für Lastenfahrräder und E-Transporter.

Mittelfristig müssen für die Zeit nach Corona die **Innenstädte wiederbelebt** werden. Der Gesetzesvorschlag für das Niedersäch-

sische Gesetz zur Stärkung der Quartiere durch private Initiativen (Niedersächsisches Quartiersgesetz, NQG) soll privaten Initiativen in Abstimmung mit Städten und Gemeinden verschiedene Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von Innenstädten, Orts- und Stadtteilzentren sowie anderen Quartieren ermöglichen.

3. Neustart für die Energiewende – Klimaschutz und Dekarbonisierung als Basis für Wirtschaftswachstum in Niedersachsen

Neben der Überwindung der Corona-Krise sind der Schutz des Klimas und Anpassungen an die Folgen des **Klimawandels** zentrale Herausforderungen der nächsten zweieinhalb Jahre. Klimaschutz und die dafür dringend notwendige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien sowie die weitere Dekarbonisierung der Sektoren Industrie, Verkehr und Wärme sind gleichzeitig eine große Chance für den Standort Niedersachsen. Windenergie ist der Rohstoff des Nordens, Windkraft an Land und auf hoher See sind Motoren für die Energiewende. Wenn es gelingt, den **Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch von derzeit rund 40 auf 65 Prozent in 2030** ansteigen zu lassen, wäre das auch ein wichtiger Impuls für Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung.



Im März 2020 ist es dem Umwelt-, dem Wirtschafts- und den Landwirtschaftsministerium gelungen, mit allen Interessensträgern an einem **„Runden Tisch zur Zukunft der Windenergie in Niedersachsen“** eine Vereinbarung zu treffen: Die Flächenverfügbarkeit für Windenergieanlagen soll erhöht, das Repowering vereinfacht, Genehmigungsverfahren beschleunigt und die Akzeptanz vor Ort gesteigert werden. Mit der Novelle des Windenergieerlasses und des Leitfadens für Artenschutz sowie des Landesraumordnungsprogramms werden jetzt sehr zeitnah die landesgesetzlichen Regelungen angepasst.

In Niedersachsen soll zudem ein umfangreiches **Maßnahmenprogramm** dazu beitragen, die in dem zukünftigen Klimaschutzge-

setz normierten Ziele zu erreichen. Geplant sind u.a. energetische Sanierungen von Liegenschaften, Umrüstungen von Fuhrparks, ein Ausbau der Ladeinfrastruktur, die Aufforstung des Waldes, ein Solardächerprogramm sowie die Reduzierung des CO₂-Fußabdrucks der Landwirtschaft. Die Landesregierung wirbt dafür, Klimaschutz als eigenständiges Ziel in die Niedersächsische Verfassung aufzunehmen.



Um diese Anstrengungen zu unterstützen, sind ebenfalls stärkere Aktivitäten und eine stärkere Vernetzung in der Energieforschung notwendig. Dies gilt sowohl für das Zukunftslabor „Energie“ als auch für länderübergreifende Initiativen wie die Norddeutsche Wasserstoffstrategie bzw. die Wissenschaftsallianz Wasserstofftechnologie.

Dringend notwendig bleibt jedoch ein bundesweiter **Neustart der Energiewende**. Der Strombedarf wird auch wegen der Sektorkopplung deutlich ansteigen. Der Klimawandel führt zu einem Anstieg des Meeresspiegels und zu extremen Wetterlagen mit Überschwemmungen, aber auch zu immer längeren Trockenzeiten, die dem Wald und der niedersächsischen Landwirtschaft zusetzen.



Die Landesregierung wird sich auch zukünftig in Berlin und Brüssel für höhere Ausbaupfade für erneuerbare Energien, für einen schnelleren Netzausbau sowie für bessere Rahmenbedingungen für den Einsatz von Energiespeichern und anderen Flexibilitätsoptionen, für eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, für eine bessere Energieeffizienz und eine gezielte industrielle Nutzung ökologischer Eigenstromproduktion einsetzen. Erklärtes Ziel ist es, die Sektoren Industrie, Wärme und Verkehr stärker zu elektrifizieren und damit auch deren CO₂-Emissionen entlang der Klimaschutzziele zu senken. Dazu sind vor allem eine Reform der staatlich verursachten Steuern, Abgaben und Umlage sowie Verbesserungen in der Regulierung erforderlich. Die EEG-Umlage müsste zunächst deutlich gesenkt und dann durch eine neue Finanzierungsgrundlage für erneuerbare Energien ersetzt werden.

Die Landesregierung wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die bundesweite, ergebnisoffene Suche nach einem Endlager für atomare Abfälle entlang der rechtlichen und technischen Kriterien des Standortauswahlgesetzes fortgesetzt wird. Dabei wird insbesondere mit denjenigen Kommunen der fachliche Austausch verstärkt, auf deren Gebiet im nächsten Schritt des Verfahrens mögliche Untergrundstandorte nicht von vornherein ausgeschlossen sind.

4. Familien entlasten, gute Schul- und Hochschulbildung trotz Corona – analog und digital

Was Mütter und Väter in Corona-Zeiten leisten, erfordert eine enorme Kraftanstrengung, teilweise weit über die Grenzen der Belastbarkeit hinaus. Bei berufstätigen Eltern und in Familien, die in sehr kleinen Wohnungen leben müssen, ist die Belastung noch größer. Die Landesregierung versucht schon jetzt, aber natürlich auch in den nächsten Wochen und Monaten, den Familien so gut wie möglich Erleichterung zu verschaffen.

Alle Krippen, Kindergärten und Horte haben jetzt die Möglichkeit, wieder bis zu 50 Prozent der normalerweise betreuten Kinder in die Notbetreuungsgruppen aufzunehmen. Sie werden dies Schritt für Schritt umsetzen. Speziell für Vorschulkinder sollen Vorschulgruppen angeboten werden, etwas später dann auch nachmittägliche Spielgruppen für Kinder, die noch nicht wieder in die Kita zurückkehren konnten. Noch in diesem Kindergartenjahr sollen **alle Kinder wieder in die Krippen und Kindergärten** gehen können – eine Herausforderung unter Corona-Bedingungen.

Auch bei den älteren Kindern und Jugendlichen bleibt es bei dem ambitionierten Ziel, dass **jede Schülerin und jeder Schüler vor den Sommerferien in die Schule zurückkehren** kann. Die Erfahrungen mit den ersten zurückgekehrten Jahrgängen sind positiv: Die meisten haben sich sehr diszipliniert gezeigt, was das Abstandhalten und Einhalten der Hygieneregeln anbelangt.



Parallel dazu werden die Schülerinnen und Schüler dabei unterstützt, zuhause zu lernen. Corona hat in der Niedersächsischen Schullandschaft Defizite, aber auch Potentiale aufgedeckt.

Digitale Bildung in Niedersachsens Schulen und auch im Home-Learning läuft oft sehr gut und auf hohem Niveau. Das gelingt aber noch nicht flächendeckend. An einer weiteren Professionalisierung der Lehrkräfte und einer Versorgung aller Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten wird intensiv gearbeitet. Die Bereitstellung von 47 Mio. Euro aus Bundesmitteln ermöglicht eine zeitnahe Ausstattung aller Kinder und Jugendlichen, die dies brauchen, mit digitalen Endgeräten. Auch Kindern aus einkommensschwachen Familien soll das Arbeiten mit Tablets oder Laptops ermöglicht werden. Die Vorgaben des Digitalpakts zur Anschaffung von Endgeräten durch die Schulträger werden flexibilisiert. Auch in Zukunft kann nicht ausgeschlossen werden, dass zumindest einzelne Schulen coronabedingt schließen müssen. Umso wichtiger ist, dass der Präsenzunterricht ergänzt oder sogar ersetzt werden kann durch begleitetes Home-Learning.

Das Sommersemester 2020 findet weitgehend als Onlinesemester statt. Durch gemeinsame Kraftanstrengungen des Landes und der Hochschulen ist es gelungen, den größten Teil des Lehrbetriebs auf Onlineangebote umzustellen. Mittelfristig ist jedoch ein Ausbau der **digitalen Infrastruktur** für die Onlinelehre notwendig, um zu gewährleisten, dass auch die Folgesemester unter geänderten Voraussetzungen erfolgreich gestaltet werden können. Die Einstellung von 710 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern in 2020 wird bei alledem dazu beitragen, die **Unterrichtsvorsorgung** zu sichern. Insgesamt können Stellenausschreibungen für alle allgemeinbildenden Schulen im Umfang von bis zu 3.700 Vollzeitstellen vorgenommen werden.

5. Digitalisierung noch besser, noch schneller!

Nicht nur im Bildungsbereich haben die ersten Wochen der Corona-Pandemie gezeigt, welche hohe Bedeutung ein Ausbau der Digitalisierung für die Menschen hat. Auch im Hinblick auf die alltägliche Kommunikation und in der Arbeitswelt sind die

enormen Potentiale von Computern und digitaler Vernetzung inzwischen allen bewusst. Niedersachsen ist in der Digitalisierung bundesweit bereits ganz vorne mit dabei, wird aber dennoch jetzt bei der **Umsetzung des Masterplans** noch einen Zahn zulegen. Bis 2025 soll Niedersachsen flächendeckend mit Glasfaser basierten **Gigabit-Netzen** versorgt sein. Auch an dem Ausbau des Mobilfunks wird intensiv gearbeitet. Bis 2021 soll in Niedersachsen flächendeckend 4G nutzbar sein, bis 2025 sollen nahezu alle Haushalte in Niedersachsen mit 5G versorgt sein. Weiße 4G/5G Flecken gilt es zu schließen – ggf. auch mit Landesmitteln.



Die insgesamt 50 neuen Digitalprofessuren sollen schnell besetzt werden, damit in Niedersachsen viele dringend benötigte IT-Fachkräfte ausgebildet werden können. Auch im Alter spielt digitale Kommunikation in Corona-Zeiten eine immer wichtigere Rolle. Deshalb sollen auch hier die Bildungsangebote ausgebaut werden.

6. Pflege und ärztliche Versorgung sicherstellen – auch für etwaige weitere Phasen der Pandemie

Pflegekräfte leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft – auch und erst recht in der aktuellen Krise. Sie kümmern sich um ältere, erkrankte und besonders gefährdete Menschen. Eine **bessere Personalausstattung** und eine **angemessene tarifliche Bezahlung in der Alten- und in der Krankenpflege** sind nötiger denn je. Die Initiative des Bundes für entsprechend angehobene Mindestlöhne ist zu begrüßen. Der Gesetzgeber

muss zukünftig über das Instrument der Pflegesätze noch stärker Differenzierungen danach vornehmen, ob anständige Löhne gezahlt werden.

Die von der Landesregierung initiierte Konzentrierte Aktion Pflege Niedersachsen (KAP.Ni.) mit Pflegekassen, Pflegeanbietern, Gewerkschaften und Vertretungen der Pflegenden wird fortgesetzt. Die Förderung der Investitionskosten nach dem neuen Niedersächsischen Pflege-Gesetz soll künftig an eine tarifgerechte Bezahlung der Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen gebunden werden. Faire Tariflöhne sind der wichtigste Hebel zur Steigerung der Attraktivität in Pflegeberufen.

Der Bund hat eine steuer- und abgabenfreie Sonderzahlung von bis zu 1500 Euro für Pflegekräfte in der Altenpflege beschlossen. Zu zwei Dritteln soll der **Pflegebonus** von den Pflegekassen und zu einem Drittel von den Ländern oder von den Arbeitgebern finanziert werden.

Bereits vor der Coronakrise bestand ein Mangel in medizinischen Fachberufen. Insbesondere im ländlichen Raum ist es problematisch, qualifizierte Fachkräfte zu rekrutieren, bis hin zu fehlenden Ärztinnen und Ärzten. Die **Ausbildungskapazitäten für Medizinstudierende** in Hannover, Göttingen und Oldenburg werden ausgebaut, Stipendienprogramme und Niederlassungsförderungen aufgelegt. Ergänzend dazu soll in Niedersachsen eine Hausärztinnen- und Hausarztquote gesetzlich eingeführt werden. Medizinstudienplätze sollen dann speziell auch an Bewerberinnen und Bewerber vergeben werden, die sich verpflichten, nach Abschluss des Studiums und der fachärztlichen Weiterbildung in der Allgemeinmedizin für bis zu zehn Jahre in ländlichen unterversorgten Regionen tätig zu sein. Gleichzeitig schreitet die Akademisierung in den nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen, z.B. bei Hebammen und Psychotherapeutinnen und -therapeuten, voran.

Zu einer guten medizinischen Versorgung gehören moderne Krankenhäuser. Gerade in der aktuellen Corona-Krise zeigt sich, wie



überlebenswichtig eine funktionierende Krankenhaus-Landschaft ist. Damit die Kliniken optimal für die heutigen und kommenden Anforderungen in einem Flächenland wie Niedersachsen aufgestellt sind, führt das Land sein **großes Programm zur Modernisierung der Krankenhäuser** fort. Noch nie gab es Investitionen in diesem Umfang: Von 2019 bis 2022 investiert das Land gemeinsam mit den Kommunen und dem Bund eine Milliarde Euro in die niedersächsischen Krankenhäuser.



Zusätzlich stellt das Land eine Pauschalförderung für die Kliniken im Umfang von jährlich rund 115 Millionen Euro bereit. Im Rahmen eines Sondervermögens wird zudem über eine Milliarde Euro zusätzlich für die Neubauvorhaben der Universitätsmedizin Göttingen (UMG) und der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) bereitgestellt. Diese Großvorhaben werden auch in den nächsten Jahren weiter vorangebracht. Die im Juni 2019 gegründete Dachgesellschaft ermöglicht effizientere Vergabe- und Bearbeitungsprozesse sowie nötigenfalls Anpassungen der Planungen an die Bedürfnisse der Hochschulkliniken.

In der Pflege braucht es mehr Prävention. Seniorinnen und Senioren sollen dabei unterstützt werden, so lange wie möglich selbstbestimmt und eigenständig zu leben. Modellprojekte für sog. „Präventive Hausbesuche“ sollen die Stärken und Möglichkeiten älterer Menschen in den Mittelpunkt stellen und aufzeigen, wie – trotz der Virusgefahr – eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

7. Wohnungsbau

Der Niedersächsische Landtag hat auf Vorschlag der Landesregierung im letzten Jahr **400 Millionen zusätzlich für die Wohnungsbauförderung** bereitgestellt. Damit stehen bis 2023 insgesamt 1,7 Mrd. Euro für den geförderten Wohnungsbau zur Verfügung. Wohnungsunternehmen sollen stärker als bisher in den sozialen Wohnungsbau investieren können. Gemeinsames Ziel ist es, **jährlich 4.000 neue Sozialwohnungen** zu bauen.

8. Artenschutz und Aufforstung

Die Artenvielfalt sinkt und ist in Teilen erheblich gefährdet. Umso wichtiger werden Schutzgebiete und Biotopverbünde, um die Biodiversität zu erhalten. Die Bedeutung der Moore wird weiter zunehmen. Die Landwirtschaft wird künftig einen noch stärkeren Beitrag für Artenvielfalt und -erhalt leisten (müssen).

Das Umwelt- und das Landwirtschaftsministerium haben sich mit den großen Naturschutzverbänden und den Vertretern der niedersächsischen Landwirtschaft auf einen **„Niedersächsischen Weg – Maßnahmenpaket für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz“** geeinigt.



Neben einem Aufwachen des Aktionsprogramms Insektenschutz und einem Ausbau des ökologischen Landbaus sind u.a. Ausweisung und Monitoring von Gewässerrandstreifen sowie eine Reduktion des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel vorgesehen. Für die Vorhaben werden in einem ersten Schritt **120 Mio. Euro zusätzliche Mittel** zur Verfügung gestellt.

Die Landesregierung legt damit eine umfassende und verbindliche Agenda für mehr Natur-, Arten- und Gewässerschutz vor. Der „Niedersächsische Weg“ ist insgesamt ein gelungener und bundesweit herausragender Schulterschluss, der die unterschiedlichen Interessen von Naturschutz und Landwirtschaft in einen ausgewogenen und gegenseitig anerkannten Ausgleich bringt.

Die niedersächsischen Wälder sind in den vergangenen Jahren durch Stürme, Trockenheit und Schadorganismen stark strapaziert worden. Die Landesregierung hat für das Jahr 2019 eine Mio. Euro Soforthilfe zur Entlastung der Waldbesitzer bei der Bekämpfung der Borkenkäfer bereitgestellt. Eine ergänzende Schnell-Förderrichtlinie wurde eingerichtet mit einem Volumen von 5,5 Mio. Euro. Ab 2020 stehen zusätzliche Mittel in Höhe von 23 Mio. Euro für die Aufarbeitung von Schadholz, die klimaangepasste Wiederaufforstung von Mischbeständen und weitere Waldschutzmaßnahmen zur Verfügung. Fortgeführt werden soll auch die „Langfristige Ökologische Waldentwicklung“ (LÖWE).



In den letzten zehn Jahren wurden in diesem Rahmen insgesamt rund 42 Mio. Bäume gepflanzt. Auch der „Niedersächsische Weg“ würdigt den wichtigen Beitrag des Waldes zum Natur- und Artenschutz.

9. Moderne Land- und Ernährungswirtschaft zur Sicherung einer gesunden und nachhaltigen Ernährung

Die Landwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Umwälzungsprozess, die derzeitigen Produktionsmethoden haben erheblich an Ansehen und Akzeptanz in der Gesellschaft verloren. Das gilt besonders für die Nutztierhaltung, aber auch der Ackerbau ist betroffen.

Viele Menschen fordern mehr Klima- und Umweltschutz und Tierwohl – und das zu Recht! Landwirtschaft und Gesellschaft sollen in Niedersachsen wieder stärker zusammenrücken. Das

Fundament dafür legt das Landwirtschaftsministerium mit der Erarbeitung von **Ackerbau-, Nutztier- und Klimaschutz-Strategien**. Entwickelt werden Perspektiven für einen produktiven und nachhaltigen Pflanzenbau. Die Nutztierhaltung soll in Richtung ökologische Nachhaltigkeit und Tierwohlstandards an die gesellschaftlichen Erwartungen angepasst werden.



Oft stoßen Landwirte auf Hemmnisse aufgrund bau- oder umweltrechtlicher Regelungen, wenn sie ihre Ställe tiergerecht umbauen wollen. Vorschläge für den Abbau solcher Hemmnisse zu unterbreiten, ist das Ziel des **interministeriellen Arbeitskreises „Nachhaltige Nutztierhaltung“** unter Federführung des Landwirtschaftsministeriums. Der Abschlussbericht mit konkreten Lösungsvorschlägen wird Mitte 2020 fertiggestellt sein.

Aber: Wenn die deutschen Tierwohl- und Umweltstandards über dem Niveau anderer EU-Mitgliedsstaaten liegen sollen, dann muss zusätzliches Geld fließen. Niedersachsen setzt sich für die Einführung eines **verpflichtenden Tierwohllabels** ein, das von einem Finanzierungsmodell zur Unterstützung der Betriebe ergänzt werden muss.



Der Niedersächsischen Landesregierung liegt aber nicht nur das Tierwohl am Herzen, sondern insbesondere das Wohl aller in diesem Sektor Beschäftigten. Die Landesregierung setzt sich daher weiterhin nicht nur konsequent für die Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen, sondern auch für die Kontrolle der Wohn- und Arbeitsverhältnisse durch die jeweils zuständigen Behörden ein.

10. Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Die Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf weiter zu verbessern. Neben einer zukünftig hoffentlich bald wieder bedarfsgerechten, möglichst beitragsfreien Kinderbetreuung geht es auch um flexible Arbeitszeitmodelle, eine familienbewusste Unternehmenskultur sowie eine partnerschaftliche Arbeitsteilung der Familienaufgaben. Fragen der Vereinbarkeit richten sich an Eltern und in zunehmendem Maße an pflegende Angehörige. Denn immer mehr Beschäftigte tragen neben ihrer Berufstätigkeit die Verantwortung für eine oder sogar mehrere pflegebedürftige Personen. Es soll ein ressortübergreifendes Handlungskonzept erarbeitet und in den nächsten Jahren schrittweise umgesetzt werden. Vorgesehen sind gute Praxisbeispiele sowie zahlreiche Maßnahmen zur **Stärkung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf**.

Das **Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz (NGG)** wird so ausgerichtet, dass der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst effektiv Rechnung getragen wird. Mit der Neufassung des NGG wird ein modernes und wirksames Gleichberechtigungsgesetz geschaffen, das den Rahmen für eine geschlechtergerechte Verwaltung setzt. Gleichzeitig wird die Attraktivität des öffentlichen Dienstes durch Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Flexibilität gesteigert. Niedersachsen wird sich verstärkt einsetzen für gleiche Entlohnung von Männern und Frauen und für weitere Verbesserungen in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass – wenn es eng wird – in vielen Berufen doch die Frauen die Hauptlast von Haushalt und Familie tragen müssen.



11. Zweiter Nachtragshaushalt

Die Covid-19-Pandemie hat in den letzten Wochen zu massiven staatlichen Mehrausgaben in Niedersachsen geführt. Zunächst ging es um die Bewältigung der akuten Herausforderungen: Notwendig waren Ausgaben zur Gewährleistung der Gesundheitsvorsorge und zur Stärkung des Gesundheitswesens, zur Leistung von Entschädigungen, zur Unterstützung der niedersächsischen Wirtschaft und Landwirtschaft, zum Erhalt von Bildungs-, Wissenschafts-, Sozial-, Sport- oder Kultureinrichtungen sowie im Umwelt- und Naturschutz. Zur Finanzierung dieser Mehrbedarfe hat der Landtag am 25. März 2020 einstimmig den Nachtragshaushalt 2020 beschlossen, der Haushaltsmittel im Umfang von 1,4 Mrd. Euro zur Verfügung stellt und den Bürgschaftsrahmen auf 3 Mrd. Euro erhöht.



Das mit dem Nachtragshaushalt bereitgestellte Budget ist inzwischen nahezu ausgeschöpft. Die Landesregierung bereitet jetzt für Ende Juni 2020 einen **zweiten Nachtragshaushalt** vor, der einerseits die Steuermindereinnahmen abbildet und zugleich die Finanzierung **weiterer Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie** sichert.

12. Zukünftige Europapolitik und EU-Förderung

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, die politischen Schwerpunkte der neuen EU-Kommission in den Bereichen europäischer Grüner Deal, innovative und nachhaltige Industriepolitik und soziales Europa für Niedersachsen nutzbar zu machen. Die Corona-virus-Pandemie lässt dies umso dringlicher erscheinen. Niedersächsische Interessenvertretung in Brüssel und regionale Entwicklung in Niedersachsen gehen dabei Hand in Hand:

Die EU-Förderpolitik wurde inzwischen auf neue Beine gestellt. Erstmals ist eine **Gesamtstrategie für die kommende EU-Förderperiode 2021 bis 2027** entworfen und Ende 2019 beschlossen worden. Darin werden drei übergeordnete Ziele formuliert, wie die EU-Mittel, die Niedersachsen erhalten wird, eingesetzt werden sollen:

- „Innovativer und intelligenter wirtschaftlicher Wandel auf der Grundlage nachhaltiger Bildung und Forschung“,
- „Umwelt und Klimaschutz“ sowie
- „Zukunftsfähigkeit der Regionen sowie Chancengerechtigkeit und Teilhabe“.



Auf dieser Basis werden Konzepte für die Verwendung der EU-Mittel erarbeitet. Die Gesamtstrategie wird ergänzt um eine „Regionale Innovationsstrategie für intelligente Spezialisierung“, die Niedersachsens Innovationspotentiale zeigt und von der EU für die EU-Förderung mit herangezogen wird. Starre Strukturen werden dabei aufgebrochen, Bürokratie abgebaut, Synergien erschlossen und EU-Mittel effektiver eingesetzt. Das kommt der Zukunftsfähigkeit der Regionen zugute. So werden regionale Wachstums- und Entwicklungspotenziale gehoben und beispielsweise regionale Versorgungszentren in den ländlichen Räumen geschaffen.

Zusammenhalt in Niedersachsen stärken – gerade in Zeiten von Corona

Corona verlangt den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen sehr viel ab. Um das Virus zu bekämpfen, musste vorübergehend das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben fast zum Stillstand gebracht werden. Im Rahmen des Stufenplans erfolgen jetzt nach und nach Lockerungen – in einigen Bereichen aber müssen die Menschen noch längere Zeit Geduld haben. Um auch in Zukunft Infektionen mit dem Virus möglichst zu vermeiden, müssen Niedersächssinnen und Niedersachsen auch in den nächsten Wochen und Monaten physisch auf Abstand zueinander gehen und die Anzahl ihrer direkten sozialen Kontakte möglichst klein halten. In den vergangenen Monaten haben die Menschen in Niedersachsen gezeigt, dass in dieser Gesellschaft keineswegs nur Individualismus und Gleichgültigkeit herrschen. Viele haben Rücksicht genommen und Solidarität geübt und viele tun dies auch heute noch. Abstands- und Hygieneregeln werden befolgt, Gewohnheiten abgelegt, Einschränkungen und Zumutungen hingenommen, soziale Kontakte auf andere Weise gepflegt, Nachbarschaftshilfen aufgebaut, Kultureinrichtungen, Geschäfte und Restaurants vor Ort unterstützt.

Genau das ist in dieser noch fortdauernden Corona-Krise auch weiterhin notwendig. Bei einem einmaligen oder gar mehrfachen Wiederaufflammen der Virusintensität und den dann folgenden erneuten – hoffentlich eher regionalen – Einschränkungen werden Solidarität und gegenseitige Rücksichtnahme noch nötiger sein als bislang. Der Staat alleine kann das Virus nicht eindämmen und er kann auch die Folgen nicht alleine auffangen.

Die Landesregierung bittet die Menschen in Niedersachsen, **auch in den nächsten Monaten darauf zu achten, andere nicht anzustecken, einander zu helfen und gut zusammen zu halten.**

An der Stärkung eines solchen guten Zusammenhalts in und für Niedersachsen will das **Bündnis „NIEDERSACHSEN HÄLT ZUSAMMEN“** engagiert mitwirken. Es handelt sich dabei um einen überparteilichen Zusammenschluss von Politik und Zivilgesellschaft mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren. Der Pakt ist eine offene und lebendige Allianz, der sich alle, die für eine freiheitliche, solidarische, tolerante und demokratische Gesellschaft einstehen wollen, anschließen können.

Die Landesregierung ist dankbar für diesen Pakt „NIEDERSACHSEN HÄLT ZUSAMMEN“. Solidarität ist kein Selbstläufer und die Gemeinschaft der Gutwilligen soll – wenn irgend möglich – in den nächsten Monaten weiterbestehen und nicht wieder in Einzel- und Kleingruppeninteressen zerfallen. Die Corona Krise wird noch andauern und so lange – und gerne auch darüber hinaus – braucht Niedersachsen ein **solidarisches Miteinander der freien Bürgerinnen und Bürger**, die Bereitschaft zu verlässlichen Hilfen, Mitmenschlichkeit und die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung.



Herausgeberin:
Presse- und Informationsstelle der
Niedersächsischen Landesregierung

Anke Pörksen
Niedersächsische Staatskanzlei
Staatssekretärin und Sprecherin der Landesregierung

Planckstraße 2
30169 Hannover

Telefon 0511 120 69 46
Fax 0511 120 99 69 46
Mail Pressestelle@stk.niedersachsen.de

1. Auflage, Mai 2020

Die Broschüre darf, wie alle Broschüren der
Nds. Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung
in Wahlkämpfen verwendet werden.

Diese Broschüre steht auch zum Download (pdf)
unter www.niedersachsen.de bereit.

Die Bildrechte können bei der Herausgeberin
angefragt werden.



Niedersachsen. Klar.